

Sachzwang Ökonomie? – Was zählt der Mensch?

Univ. Prof. Dr. Ewald Nowotny

Wirtschaftsuniversität Wien, ab 1.1.2006 Generaldirektor der BAWAG-PSK-Bank

Es ist auch aus der Sicht eines Wirtschaftspraktikers und Bankers wichtig, sich mit einem Thema wie den Zukunftsperspektiven der Gesellschaft zu beschäftigen. Es gibt in Österreich (und auch andernorts) die Tendenz, von zwei Kulturen auszugehen: Der Kultur der Macher auf der einen Seite und der Kultur der Denker auf der anderen Seite. Solche einseitigen Ausrichtungen bergen jedoch Gefahren: Ein Macher, der nicht denkt, kann großes Unheil anrichten und ein Denker, der nicht zur Tat schreitet, ist eine problematische Erscheinung. Es ist für eine Gesellschaft wichtig, beide Kulturen zu verbinden. Auch diejenigen Banker, die uns weiter gebracht haben, waren Menschen, die natürlich ihr Handwerk verstanden, aber sie hatten in der Regel eine Perspektive, die sowohl eine wirtschaftliche als auch eine gesellschaftliche Dimension umfasste. Der Titel dieses Beitrags lautet "Sachzwang Ökonomie? - Was zählt der Mensch?". Man kann diesen Titel noch erweitern und die Frage einbeziehen: Als was zählt der Mensch? Es gibt diesbezüglich eine Unterscheidung, die zu einer zentralen Auseinandersetzung führt. In der Ökonomie wird der Mensch im Hinblick auf zwei Funktionen betrachtet, entweder als Konsument oder als Produzent. Dies sind die zwei Pole, die das Wirtschaftsdenken bestimmen.

- Die klassische Nationalökonomie sieht den Menschen vor allem als Konsumenten. Es gilt das berühmte Wort von Adam Smith: "Der einzige Grund des Wirtschaftens ist der Konsum". Und das ist im Grunde auch nicht falsch, denn es wäre absurd, Produktion um der Produktion willen zu betreiben. Aber diese Denkweise hat natürlich auch eine gewaltige Bedeutung für weitere Systeme. Eine Folge davon ist, dass sich das Wirtschaften im entsprechenden Modell-Denken an den Konsumwünschen orientiert. Das entscheidende Kriterium ist dann der Preis: Wer den besseren Preis anbieten kann, der gewinnt und die Folge ist im Grunde ein "Survival of the Fittest". Daraus ergibt sich ein Sachzwang: Nur die besten Anbieter überleben. Warum jedoch Nachfrager ein Produkt oder eine Dienstleistung nachfragen, spielt in diesem Modell keine Rolle. Das Modell ist daher nicht ganz unproblematisch, da eine ganz wesentliche Frage über seine Grenzen hinausgeht: Wenn entsprechend dem Konzept der Konsumentensouveränität der Konsument der entscheidende Faktor ist - was bestimmt denn das Handeln des Konsumenten? Hier bricht die klassische Ökonomie ab: "de gustibus non est disputandum – Über Geschmack darf man nicht streiten". Die Präferenzen der Konsumenten sind als gegeben anzunehmen. Hier muss die ökonomische durch eine gesellschaftspolitische Sichtweise ergänzt werden, denn die Präferenzen der Konsumenten sind natürlich nicht etwas, das naturgegeben wäre. Sie hängen zum Beispiel von den verfügbaren Informationen ab. Welche Informationen haben wir über langfristige Folgen des Konsums bestimmter Produkte und welche Konsequenzen sind wir bereit, daraus zu ziehen? Gibt es Differenzen zwischen der persönlichen Zeitpräferenz und der aus der Perspektive der Gesellschaft wünschenswerten Zeitpräferenz?
- Daneben gibt es eine andere Sichtweise, die den Menschen nicht primär in seiner Rolle als Konsumenten, sondern als Produzenten sieht. Dies wird in der marxistischen Theorie und der historischen Schule der Nationalökonomie so gesehen. Hier wird der Begriff der Arbeit ins Zentrum der Diskussion gestellt und es geht nicht primär darum, wie die Produkte

nachgefragt werden, sondern darum, wie sie hergestellt werden. Diese Sichtweise und die daraus resultierende Bewegung ist sehr geschichtsmächtig geworden - als Arbeiterbewegung. Es gibt keine entsprechend organisierte Konsumentenbewegung (und auch kein dem Lied der Arbeit entsprechendes Lied des Konsums). Diese Sichtweise bewährt sich insbesondere in Aufbauphasen. Die Gesellschaft der Nachkriegszeit war zum Beispiel entsprechend orientiert. Der Konsum war das Selbstverständliche und Vorausgesetzte: Alles, was erzeugt wurde, wurde gebraucht. Die primäre Notwendigkeit war, so viel wie möglich so rasch wie möglich zu erzeugen. Die Institutionen, die sich in dieser Zeit gebildet haben, entsprechen dem Bild, auch die Sozialpartnerschaft steht in dieser Tradition. In einer Zeit, in der die Produktionsseite nicht mehr das Thema ist, sondern die Absatzseite zum Problem wird, ändern sich die Schwerpunkte der Strukturen und auch die politischen Präferenzen.

Das System des Wettbewerbskapitalismus ist eines, das sich für den Konsumenten sehr gut darstellt. Das kommunistische System war stärker geprägt von der Produzentenseite (Man vergleiche etwa den Service in einem Restaurant im Westen und im Osten Europas zur Zeit des Kalten Krieges). Der Versuch der sozialen Marktwirtschaft ist es, einen Mittelweg zu finden; es ist der Versuch, die Konsumorientierung des Marktes mit sozialen Elementen, die eben die Produktionsseite erfassen, zu verbinden. Exakt darstellen lässt sich diese Mitte nicht, sie muss in politischen Prozessen ausgelotet werden. Ein Beispiel, das auch das Bankwesen betrifft, ist die Frage von Öffnungszeiten. Aus Sicht der Kunden ist die Sache klar, sie möchten unbegrenzte Öffnungszeiten. Aus der Sicht der Produzenten (und der Beschäftigten) besteht kein Interesse, permanent verfügbar zu sein. Es gibt hier also unterschiedliche Interessenlagen und die Frage, wer sich durchsetzt, ist eine politische Frage, die von den Regelwerken abhängt. Wenn es keine Regeln gibt, entsteht ein Sachzwang. Wenn eine Bank permanent öffnen würde, dann müssten andere folgen. Die Frage von Sachzwängen ist daher nicht isoliert zu betrachten. Ökonomische Strukturen brauchen Regeln, die sich aus politischen Prozessen ergeben, die jedoch auch im Hinblick auf ihre Kosten und ihren Nutzen betrachtet werden müssen. Neben ökonomischen gibt es auch technologische Entwicklungen, die zu Sachzwängen führen. Dazu gehören etwa Veränderungen von Transportkosten oder die radikale Verringerung der Kosten für den Transfer von Information. Es wäre unsinnig, solche Entwicklungen ignorieren zu wollen, die Frage aber, welche "Übersetzung" sie dann ins gesellschaftliche Leben haben sollen, ist eine Frage der Regeln.

Auf diese Weise gehen Kriterien in die Wirtschaftspolitik ein, die über das bloße Konzept der Konsumentensouveränität hinausgehen. Konsumentensouveränität ist ein wesentliches Element eines Marktsystems, aber sie reicht nicht aus, um ein Marktsystem zu steuern, da sich die Frage stellt, wie diese souveränen Konsumenten zu ihren Entscheidungen kommen. Es ist wichtig zu klären, wie man langfristige Aspekte in die Konsumentenentscheidungen einbringen kann. Es gibt heute Herausforderungen etwa im Hinblick auf den Klimawandel. Ähnliches gilt im Bereich der Knappheitsrelationen, einem der ursprünglichen Themen des Club of Rome. In naher Zukunft wird es zunehmende Probleme mit der Knappheit von Erdöl geben. Ein klassischer Ökonom würde hier allerdings kaum ein Problem sehen: Wenn etwas knapp wird, wird es teurer, dann wird es weniger nachgefragt und es wird aktiv nach Alternativen gesucht (diese Argumentation war auch Teil der Kritik am ersten Bericht an den Club of Rome). Wegen der Rückkopplung über den Preis hat die Knappheit nicht primär eine technische, sondern eine ökonomische Dimension. Letztlich wird die Verfügbarkeit von Erdöl auf eine Verteilungsfrage hinauslaufen, je nach Preis wird es für einen Teil der Menschen immer noch verfügbar sein.

Die Frage ist, ob die aus Knappheit und Verteuerung resultierende Verteilung gesellschaftlich akzeptiert wird. In vielen Fällen wird das nicht der Fall sein. Oft haben wir die Situation, dass eine gesellschaftspolitisch gewünschte Verteilung nicht diejenige ist, die sich aus einem reinen Marktmechanismus ergibt. Wenn wir dieses Umfeld unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten, wenn wir also etwa die Frage stellen nach dem Energiebedarf der USA und dem wachsenden Energiebedarf Chinas, so stellen wir fest, dass es keinen ökonomischen Grund gibt, warum China nicht den Energiebedarf der USA entwickeln sollte. Chinas enorme Energienachfrage würde die Energiepreise in die Höhe treiben und durch die Zuteilung von Energie nach der Kaufkraft würden große Gruppen außen vor bleiben - und andere Gruppen würden weiterhin Energie beziehen können. Der Markt ändert sich entsprechend dem Problem. Die Frage ist, ob die resultierende Verteilung gesellschaftlich akzeptabel ist. Daher brauchen wir eine vorausschauende Politik, die gegebenenfalls interveniert. Es gibt dafür von der Versorgungssicherheit mit Energie bis hin zur baulichen Sicherheit viele Anwendungsbereiche.

In dieser Konstellation ist auch klar, dass langfristige Entscheidungen heute nicht mehr in einzelnen Staaten isoliert möglich sind. Daher steigt die Bedeutung eines europäischen Modells, das gekennzeichnet ist durch eine größere Bereitschaft zur (Um)Verteilung als es dem Marktmechanismus entspricht und einer größeren Bereitschaft zur Risikovermeidung. Ein reiner Marktmechanismus kann diese Elemente nicht bereitstellen, man braucht hier eine zusätzliche Intervention. Auf der EU-Ebene kann man in vielen Bereichen Interventionen durchführen, ohne dass dies inakzeptable ökonomische Kosten verursachen würde. Aber auch hier geht es wieder um eine Abwägung und eine bewusste politische Entscheidung, was an zwei Beispielen illustriert werden soll:

- Durch eine nur an Weltmarktpreisen orientierte Landwirtschaftspolitik würde eine ökologisch orientierte Landwirtschaft in Europa nicht mehr möglich sein. Verlangt man jedoch die Einhaltung gewisser ökologischer Kriterien, dann schließt dies heute einen völligen Freihandel aus. Es handelt sich hier um eine politische Entscheidung, die zu treffen ist.
- Eine solche Entscheidung stand vor kurzem in der Frage des Welttextilabkommens auf der Tagesordnung. Das Abkommen war ausgelaufen, Importbarrieren fielen mit der Folge, dass sehr billige Textilien auf den Markt kamen. Von dieser Entscheidung profitierten die Konsumenten. Die Textilindustrie in Europa, speziell in den ärmeren Ländern in Osteuropa, ist jedoch dadurch in ihrer Existenz bedroht. Es gibt keinen ökonomischen Ansatz, der in einem solchen Fall sagt, was das Richtige ist, es handelt sich um eine politische Entscheidung. Man kann nicht niedrige Textilpreise haben und gleichzeitig eine europäische Textilindustrie erhalten.

Es gibt gewisse technische und ökonomische Entwicklungen, die zu Sachzwängen führen, aber es sind letztlich politische Entscheidungsprozesse, die beeinflussen, wie sich diese Sachzwänge auf die Menschen auswirken.